

Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Stadtblatt und Anzeiger).

Druckanstalt
Tageblatt Riefa,
Ferienstr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Meißen behördlichseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1380,
Stroßlauer,
Riefa Nr. 52.

Nr. 161.

Dienstag, 12. Juli 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Aufstellungsgeld). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Röhre und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verlegerungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: F. Zeitgräber, Riefa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittsch, Riefa.

Schicksalstage.

1931 — 12. Juli — 1932.

Als an dem schicksalhaften Morgen des 12. Juli 1931 in den Großstädten die Montagsblätter in schreienden Kleinzetteln die Kunde vom Schaltersturz der Danabank in die Welt hinausflogen, als dann in den Mittagsstunden vor Sparfassen und Banken die Schlangen der Ängstlich, ja fast schon hoffnungslos gewordenen Sparer und Kleingläubiger ins Riesenhafte wuchsen und als dann am nächsten Tage überhaupt die Auszahlung von Guthaben suspendiert wurde, Polizei mit Gummiknüppeln die Bank- und Sparfassen-Stillen sichern mußte... da hatte man sich schon beinahe mit dem Gedanken abgefunden, daß nun der endgültige Zusammenbruch und Abbruch in womöglich noch tieferen Tiefen, als während der Inflationszeit, da sei.

Weltuntergangsstimmung herrschte in diesen Tagen nicht nur in Deutschland, zumal auch aus London beunruhigende Gerüchte kamen. Wenn das alles noch fast unmittelbar im Zeichen der Verkündung des Hoover-Jahres geschehen konnte... wer wollte dann sich vermaßen, den wankenden Bau des Wirtschaftsgedäudes noch zu halten!

Die Julimitte des Jahres 1932 steht im Zeichen des Lausanner Abkommens. Oder vielleicht schon nicht mehr? In der Wiederholung der Schüsse, die zwischen Reichswehrsoldaten und fanatisierten Demonstranten in Schlesien geschleudert werden mußten, als die zuversichtlichen und mahnenden Worte, die sich an das Ereignis von Lausanne — trotz aller Kritik — knüpfen? Auch in Belgien herrscht offener Aufruhr. Die Regierung hat den Militärgewalt zur Sicherung der öffentlichen Ordnung ihre Autorität abtreten müssen. Das Elend und die innerpolitische Spannung sind in manchen anderen Staaten Europas groß genug, um jeden Tag ähnliche Ereignisse befürchten zu lassen. Technische und politische Industriegebiete haben kürzlich davon schon einen Vorgeschmack bekommen.

Wahrlich: wenn mit der Konferenz von Lausanne eine Ära abgeschlossen sein und eine neue beginnen soll, so muß man sagen, daß es im alten Weis nicht eine Woche weitergegangen wäre. Dogmatische und theoretisierte man schon seit November 1929 von der Weltkrise, so hat erst das Jahr vom 12. Juli 1931 bis zum 12. Juli 1932 denen, die sich ihr Elend nicht mit theoretischen Betrachtungen abregieren können, gezeigt, was Weltkrise heißt. Daher die Schüsse in Schlesien, daher allnächtlich blutende Brüder allerorten, daher der Aufruhr in Belgien, daher die fanatisierten, zu allem fähigen Massen in fast allen Ländern der Welt. Es war wahrhaftig höchste Zeit, diese Ära, in der die zivilisierte Welt in Blut- und Hungerströmen zu versinken drohte, durch eine mannhafte Tat zu beenden.

Es wäre höchste Zeit gewesen, aber noch einmal hat man sich mit Scheuem Seitenblick auf besondere Interessen, auf Rücksichten der eigenen innerpolitischen Position der umfallenden, bedingungslosigen Tat entzogen. Aber man hat doch einen Ausblick geöffnet und erkennen lassen, daß man sich der Größe der Not und der notwendigen Entschlüsse bewußt ist. Noch einmal hat man in Lausanne eine Zivilisierung eingeschaltet, bis die Weltwirtschaftskonferenz die Entlösung bringt — wird sie noch rechtzeitig kommen oder wird es zu spät sein?

Heute kann man trotz aller beunruhigenden Vorgänge in der Welt noch hoffen, daß der relative Auftrieb, den die Welt durch die Konferenz von Lausanne zweifellos erlebt, ausreicht, um die Situation bis zu der geplanten Weltwirtschaftskonferenz hinüberzureiten. Allein die Entwicklung selbst in diesem beispiellosen Sturmjahr der Weltwirtschaftsgeschichte hat gezeigt, selbst den Symptomen des Wiederaufstiegs gegenüber skeptisch zu sein, hat schon der sorgfältige Zusammenbruch auf allen Gebieten der Wirtschaft aller Staaten nicht hindern können, daß die wirtschaftliche Praxis sich für und unfehlbar immer weiter von den Grundfragen der wirtschaftlichen Vernunft zu den fruchtlosen verhängnisvollen Augenblicksentscheidungen verlor, so wird man fürchten müssen, daß der selbstmörderische Wirtschaftsdogmatismus der einzelnen im Zeichen des Wiederaufstiegs nicht weniger verhängnisvoll sich auswirkt.

Haben die Völker im verflochtenen Jahr alle Nöte und Lasten der Katastrophe tragen müssen, so sollten die Führer aus diesem Jahr wenigstens die notwendigen Lehren ziehen und erkennen, daß die Augenblicksentscheidungen, mit denen man sich bisher geholfen hat, in Wirklichkeit nur Werkzeuge des Unheils waren. Die Statistiker haben längst ausgegeben, die Ziffern und Zollnoten, der Devisenverordnungen, der Kontingenterlegungen und der sonstigen Ein- und Ausfuhrbeschränkungen zu registrieren. Die Kriminalgeschichte der Wirtschaftskrisen ist in diesen verflochtenen 26 Tagen um mindestens ebenso viele Kapitel von beispiellosem, ja unvorstellbarem Ausmaß bereichert worden. Nur die Theorien sind die alten geblieben und wo neue kühne Lösungen angeregt wurden, fielen sie dem Schicksal anheim, alsbald im Sumpf des politischen Tageskampfes zu versinken.

Dieses Notjahr vom 12. Juli 1931 bis 12. Juli 1932 hat niemanden, kein Individuum und keinen Staat, verschont. Allen war die Not gemeinam. Werden die bitteren Früchte des Erlebens dieser Tage unter der Sonne wiedererwachender Vernunft zur Süße reifen?

Heute nachmittag Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin. (Funkpruch.) Das Reichskabinetts tritt heute nachmittag zu einer weiteren Besprechung zusammen, die vor allem den Fragen des Wiederaufbauprogramms gewidmet sein wird.

Das Aufbau-Programm. Neue Notverordnung noch in diesem Monat.

richtertätigkeit über Lausanne auch bereits in großen Zügen über diese Pläne der Reichsregierung unterrichten wird.

In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß die Arbeiten des Reichskabinetts so sehr gefördert werden können, daß noch im Laufe dieses Monats — also vor den Wahlen — die neue Notverordnung mit dem Aufbauprogramm erlassen wird.

Berlin, 12. Juli.

Reichsaußenminister Frhr. von Neurath ist ebenfalls wieder in Berlin eingetroffen. Er war bekanntlich von Lausanne zunächst nach Genf gefahren, um an der Tagung des Völkerbundes teilzunehmen, die die Weltwirtschaftskonferenz vorbereiten sollte. Diese Tagung ist aber verschoben worden und so konnte der Reichsaußenminister bereits am Montagmittag an einer Sitzung des Reichskabinetts teilnehmen. Sie hatte im wesentlichen den Zweck, daß der Reichsinnenminister den Reichskanzler und die übrigen Mitglieder des Kabinetts, die in den letzten Wochen nicht in Berlin waren, über die letzte innenpolitische Entwicklung orientierte.

Die nächste Kabinettsitzung findet heute nachmittag statt und zwar beginnt damit die Beratung des Aufbauprogramms. Sie wird auch am Mittwoch bis zur Abreise des Kanzlers nach Ruedat fortgeführt und sodie nach seiner Rückkehr wiederaufgenommen werden. Es ist selbstverständlich, daß der Kanzler den Reichspräsidenten neben der Be-

Die Hauptvorlagen sind bereits ausgearbeitet, so daß das Kabinetts am heutigen Dienstag sofort in die praktische Beratung eintreten kann. Kommen die Dinge in dieser Art vorwärts, dann werden die Ministerien bereits im August an die Durchführung der neuen Maßnahmen gehen können. Es handelt sich vor allem um drei große Fragenkomplexe, nämlich:

1) Eine Arbeitsdienstpflicht, die, wie sich schon aus dieser Bezeichnung ergibt, über den Charakter des freiwilligen Arbeitsdienstes hinausreicht und die sich damit den Auffassungen und Wünschen der Rechten zu diesem Problem stärker nähert.

2) Die Heranziehung und Beschäftigung der jugendlichen Arbeitslosen in dem vor einigen Tagen angeordneten sportlichen Sinn und

3) die Siedlung, für die jetzt das Reichsernährungsministerium federführend ist.

Aus allem ergibt sich, daß auch der Rest des Monats für die Reichsregierung überaus arbeitsreich werden wird. Im August wird der Kanzler und ein Teil der Minister dann vielleicht für kurze Zeit in Urlaub gehen können, um sich für die Aufgaben vorzubereiten, die nach dem Zusammentritt des neuen Reichstages von Ende August ab an sie herangetragen.

Churchill greift im Unterhaus die Lausanner Regelung an

„Deutschland muß vor allem beglückwünscht werden.“

Im Verlaufe der gestrigen Unterhausdebatten erklärte Churchill, er könne sich nicht der Zustimmung seines Vorredners von der Arbeiteropposition zur Lausanner Regelung anschließen und auch nicht dem anschließenden Jubel, den dieses Ergebnis verursacht hat. Churchill beklagte die den Premierminister zu dem Einfluß, den er ausübend in den Räten Europas ausgeübt habe, fuhr aber fort, es scheine ihm, daß es Deutschland sei, das man am meisten von allen zu dem, was stattgefunden habe, beglückwünschen müsse. Innerhalb weniger als 15 Jahren nach dem Weltkriege, betonte Churchill, ist Deutschland völlig befreit worden von allen Lasten, „die furchtbaren Verletzungen wieder gutzumachen, die es seinen Nachbarn zugefügt hat“. Deutschland müsse zwar drei Milliarden Mark zahlen, aber Hitler habe gesagt, daß sie in einigen Monaten nicht mehr als drei Mark Wert seien werden. Dies, so sagte Churchill, sei eine sehr starke Erklärung. Die Anleihen, die England und die Vereinigten Staaten nach dem Krieg in Deutschland hineingeschüttet hätten, übertrifft bei weitem die Reparationssumme, die Deutschland gezahlt habe. Churchill erinnerte daran, daß unter dem Friedensvertrag drei große Dampfer von Deutschland ausgehändigt wurden, und dann habe Deutschland Geld geborgt und drei viel bessere gebaut, und diese hätten sofort das Blaue Band des Atlantischen Ozeans erungen. Die Anleihen, mit denen sie aber gebaut wurden, seien einem Moratorium unterworfen, während die Engländer andererseits nicht in der Lage seien, den neuen Cunard-Dampfer zu vollenden, weil sie nicht das Geld erhalten können. Churchill forderte in seiner Rede im Unterhaus von der Regierung offene und vollständige Auskunft darüber, wie es mit der Churchill-Collaux-Schuldenregelung nach dem neuen Abkommen stehe. Bis heute habe man annehmen müssen, daß England Europa alle seine Schulden und Reparationen erlassen habe ohne Rücksicht auf seine Verpflichtungen gegenüber den Vereinigten Staaten. Jetzt heiße es, daß, nachdem der Lausanner Vertrag unterzeichnet worden war, eine Gentlemenagreement erzielt wurde, wonach der Vertrag nicht ratifiziert werden soll, bevor die Ein-

natarstände zu einer Regelung mit ihren eigenen Gläubigern gelangt sind. „Ist das wahr oder nicht“, fragte Churchill, Churchill verwies auf die Bemerkung eines Mitglieds, wenn der Lausanner Vertrag nicht ratifiziert werde, so würde „irgend genommen, eine Rückkehr zum Youngplan stattfinden“. Wenn irgend jemand, so rief Churchill laut, glaubt, daß man je in Deutschland zum Youngplan zurückkehren werde, so brauche er besondere ärztliche Behandlung, wenn aber die Regelung in Lausanne abhängig von einer Regelung der englischen Schulden an Amerika und wenn die Ratifizierung bis dahin verzögert werden soll, dann sinke der ganze Lausanner Pakt auf ein viel niedrigeres Niveau. Churchill erklärte, keine unglücklichere Annäherung an die Schuldentilgung durch Amerika hätte stattfinden können als durch das in Lausanne angewandte Verfahren.

Bemerkenswerter Weise wurde eine Reihe von den Stellen der Rede Churchills, in der er die Lausanner Regelung kritisierte, von den hinteren konservativen Bänken mit beträchtlichem Beifall aufgenommen.

Chamberlains Antwort an Churchill.

London. In seiner Antwort an Churchill erklärte Schatzkanzler Neville Chamberlain unter Beifall der Regierungsbanner Churchill habe England keinen Dienst geleistet, indem er versucht, Vertrauen, das durch die Lausanner Regelung erzeugt worden sei, zu untergraben. Schließlich waren wir, so bemerkte Chamberlain, in Lausanne in Fühlung nicht nur mit europäischen Vertretern, sondern wir hatten Gelegenheit zu Besprechungen mit Vertretern der Vereinigten Staaten und er bitte das Unterhaus zu glauben, daß in dieser ziemlich heißen Lage die britischen Vertreter keinen Grund hätten, anzunehmen, daß der Kurs, den sie verfolgt haben, zu irgendeinem jener bedauerlichen Ergebnisse führen werden, die Churchill erwarte. Wenn wir die Konferenz nur mit einem Moratorium beendet haben würden, so würde die Welt gesagt haben, daß wir nicht in der Lage waren, übereinzukommen, und daß eine Regelung weiter entfernt ist, als je.

Die Tagesordnung für den Ueberwachungsausschuß.

Berlin. (Funkpruch.) Auf der Tagesordnung der Sitzung des Ueberwachungsausschusses des Reichstages am 22. Juli steht zunächst als einziger Gegenstand die Wahl eines stellvertretenden Ausschuhvorsitzenden. Der Platz des Stellvertreters war dadurch freigeworden, daß der Abg. Dr. Rosenfeld bei seinem Ausscheiden aus der soz.-dem. Partei dieses Amt niedergelegt hat. Auch der neue Stellvertreter wird von der soz.-dem. Fraktion vorgeschlagen werden. Der Antrag des Abg. Dr. Pflieger (Danner. Vpt.) auf Abberufung des Vorsitzenden Straßer ist noch nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden. Dieser Antrag ist mit den zahlreichen weiteren Anträgen, die dem Ausschuh vorgelegt worden sind und sich mit den verschiedenen Notverordnungen, mit der Sicherung der Wahlfreiheit, der Subventionierung des Bild-Konzerns und anderen Dingen befassen, den Ausschuhmitgliedern als Material vorgelegt worden. Erst im Ausschuh selbst soll über die weitere

Tagesordnung Beschluß gefaßt werden. Da der Beratungstisch sehr umfangreich ist, rechnet man damit, daß die Tagung des Ausschusses mehrere Tage in Anspruch nehmen wird.

Die Berliner Universität geschlossen.

Berlin. (Funkpruch.) Der Rektor der Friedrich-Wilhelms-Universität hat die vorläufige Schließung der Universität angeordnet, weil seit den frühen Morgenstunden unter der Studentenschaft sich eine so starke Bewegung bemerkbar machte, daß Tumulte befürchtet werden. Die Ursache in der Studentenschaft hat ihren Grund darin, daß von einer Anzahl von Kränzen, die am letzten Sonntag bei der Langemarck-Gedenkfeier am Gefallenens-Denkmal niedergelegt waren, von unbekannter Hand die Schleißen abgerissen waren.